

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 6/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, wo keine Post am Orte, 3.25.

Abbestellungsfrist beträgt für die einjährige Colonatzeit oder deren Raum 28. Februar. Für Abbestellung vorzeitig und Veranlassung durch den 15. Februar. Kündigung jederzeit 28. Feb. Interesse für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 82.

Mittwoch, den 7. April 1909.

20. Jahrgang.

Indirekte Gemeindesteuern.

Am gestrigen Montag fand in der Breslauer Stadtkonferenzversammlung die Schlussabstimmung über den städtischen Etat statt, bei welcher Genosse Schütz im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung abgab:

Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten haben auch in diesem Jahre nach Kräften an der Beratung des Stadthaushaltsetats teilgenommen und allen Einzel-Geboten zugestimmt, von denen sie sich eine Wahrung und weitere Förderung des Gemeinwohls versprechen. Sie können aber dem Gesamtetat nicht zustimmen, sondern müssen ihn ablehnen, weil er in seiner Annahme die Schlachtsteuer erhöht, die als indirekte Lebensmittelpsteuer besonders die unbemittelte Bevölkerung in ungerechter Weise schwer belastet.

Bei der Spezialberatung haben die Genossen wohl 15 von dem halben Hundert der Sonderetats bewilligt: Krankenhäuser, Armenpflege, Genußgenüsse, öffentliche Bäder, Befehalten, Straßenbeleuchtung, Feuerwehr, städtische Gas- und Wasserversorgung sind gemeindliche Aufgaben und Anstalten, deren kulturelle Bedeutung von den Sozialdemokraten anerkannt und gefördert wird. Ihr Ausbau, nicht ihre Beschränkung ist unser Ziel. Wenn die Enabstimmung der sozialdemokratischen Stadtvorordneten trotzdem im entgegengesetzten Sinne erfolgt, so geschieht das, wie gesagt, wegen der indirekten Fleischsteuern, die mit einem Betrage von 1 Million 800.000 Mark als Einnahmen eingestuft sind und die Lebenshaltung der Breslauer Bevölkerung entsprechend verteuern.

Ueber die Frage, ob es zweckmäßig sei, unseren Programmsatz: „Ab Abschaffung aller indirekten Steuern“ aufrechtzuerhalten, oder ob dieser Satz nicht wenigstens insoweit zu streichen sei, als indirekte Steuern in der Gemeinde in Betracht kommen, wird gegenwärtig in der „Neuen Zeit“, der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, ein Meinungsstreit ausgefochten. Die Frage hat um so höhere Bedeutung, als sich gegen den § 13 des Zolltarifs 1902, durch den den Gemeinden vom 1. April 1910 ab Steuerzuschläge auf Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch verboten werden, eine starke Agitation wendet, deren Stoßkraft natürlich auch durch die endgültige Stellungnahme unserer Partei gefördert oder geschwächt werden wird.

Die Debatte kam in Fluß durch einen Angriff des Genossen Hans Schiller, Gemeindevertreter in Fürth, auf den fraglichen Programmpunkt. Er meint, nur dann seien die indirekten Steuern abzuschaffen, wenn dadurch Vorteile für die Arbeiter erzielt würden. Zweifellos sei das der Fall bei den Reichszöllen. Bei Abschaffung dieser indirekten Steuern müßten die Warenpreise sofort um diesen Betrag fallen. Anders sei dies aber bei vielen indirekten Gemeindesteuern. Wenn ein ganzer Döse oder ein Schwein mit ein paar Mark von der Gemeinde belastet werde, der Zentner Mehl mit etwa 60 bis 70 Pfg.,

so kommen auf das Pfund, die Warenmenge, die für den Kleinhandel maßgebend ist, nur der Bruchteil eines Pfennigs, und den würden bei Abschaffung dieser Steuern nur die Zwischenhändler einstecken. Da viele Gemeinden aber aus solchen niedrigen Steuern einen großen Teil ihrer Gesamteinnahmen decken, so müßte dann der Fehlbetrag durch Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werden. Da diese auch den Arbeiter treffe, habe er von der Abschaffung der indirekten Steuern nur eine Mehrbelastung zu erwarten. Aus diesen Tatsachen schließt Schiller, daß die Milderung des Programmpunktes notwendig sei.

Dieser Erwägungen eines Praktikers folgte Kautsky mit theoretischen Erörterungen. Er gesteht Schiller zu, daß dieser keine leeren Reden vorbringt, und erkennt an, daß die Theorie und unser Programm geändert werden müssen, sobald sich herausstellt, daß sie falsch sind, daß sie mit den Tatsachen in Widerspruch geraten. Indessen sei erst zu prüfen, ob die anscheinend widersprechenden Tatsachen allgemeine oder nur ausnahmsweise sind. Und das letztere liegt hier vor. Allerdings mache der Kleinhandel jede Preiserhöhung des Großhandels sofort mit, während er nicht jedem Sinken der Großpreise im Großhandel folge und auch nur ungern dem Sinken der Preise, das durch Aufhebung einer Verbrauchssteuer eintritt. Das sei indessen kein Grund, sich gegen die Abschaffung der indirekten Steuern zu wenden. Im Gegenteil müsse man weiter gehen: dafür sorgen, daß die Gemeinden eigene Bäckereien und Schlächtereien einrichten, die Konsumvereine unterstützen usw. Vor allem müsse man gegen die Art der direkten Steuern vorgehen, wie sie vielfach üblich seien. Man müsse dafür sorgen, daß nicht die Armut, sondern nur Wohlstand und Reichtum, also etwa wie in England Einkommen von 3000 Mark an, und nicht schon von 400 Mark an, besteuert werden. Wenn also Schwierigkeiten vorliegen, so sei nicht unser Programm falsch, vielmehr müsse die Gesetzgebung in den Einzelstaaten, die den Gemeinden reaktionäre Steuersysteme aufzwingen, abgeändert werden.

Genosse Ulrich konnte nun in der „Neuen Zeit“ an Erfahrungen aus Offenbach nachweisen, daß sich in der Tat auch Schillers Befürchtung, bei der Abschaffung der indirekten Steuern würden die Arbeiter die Leidtragenden sein, nicht bestätigt. Die sozialdemokratische Stadtvorordnetenmehrheit in Offenbach schaffte 1899 zunächst das Oktroi auf Mehl und Brot ab. Das erforderte eine Erhöhung der direkten Steuern um rund 26.000 Mark, und die großen Einkommen hatten davon acht bis zehnmal so viel zu tragen, als die der Arbeiter. Die Preise für Brot und Mehl gingen sofort nach einem Beschluß der Offenbacher Bädereigenenschaft, um den vollen Steuerbeitrag zurück. Zwar kamen hier volle Pfennige pro Pfund in Betracht, doch als später auch das Fleischoktroi beseitigt wurde, gingen dabei die Preise um einen höheren Betrag zurück, als die niedrige Steuer ausmachte. Und die Fleischer usw. gaben ausdrücklich bekannt, daß die Preisherabsetzung wegen Aufhebung des Fleischoktrois erfolge.

Genosse Ulrich wirft dabei noch die Frage auf, was alles als indirekte Steuer zu gelten habe, und sagt, es werde beispielsweise vielfach die Steuer auf den Verkehrswert (Umsatzsteuer), die in Form einer Stempelsteuer beigetrieben wird, als indirekte Steuer angesehen. Ulrich ist dagegen der Meinung, daß uns die Form oder die Art der Betreibung einer Steuer nicht abhalten dürfe, sie anzunehmen, wenn sie in ihrer Wirkung als Einkommens- oder Vermögenssteuer zu betrachten sei, was für die Besitzwechselsteuer jedenfalls zutrefte.

Eingehend wird die Frage vom Genossen Paul Girsch untersucht, der die Zumutung Schillers energisch zurückweist. Auch er gibt eine ganze Anzahl Beispiele, wonach in der Regel die Aufhebung des Oktrois ein Sinken der Warenpreise nach sich zieht und zwar zum kleineren Teile nicht ganz um den Betrag der Steuer, zum weitaus größten Teile um den ganzen Betrag der Steuer und auch mehr. Wollten aber die Kräfte aus einer solchen Gelegenheit Kapital schlagen, so stünden jeder energischen Stadtverwaltung Mittel zur Seite, ihren Willen durchzusetzen. Als in Freiburg i. B. die Fleischermeister das Ansinnen des Rates, ihre außergerichtlich hohen Fleischpreise herabzusetzen, glatt zurückgewiesen hatten, schloß die Stadt auf eigene Rechnung einige Tiere und verkaufte sie unter den Bürgern. Und nun eilten die Herren Fleischermeister, ihre Preise herabzusetzen. In Karlsruhe besteht seit 1906 eine kommunale Schweinefleischmahl und sie erzielt gute Erfolge. Und wo die Gemeindevertretungen nicht zum Einschreiten zu bewegen sind, da helfen die Konsumvereine.

Girsch weist nach, daß eine große Zahl von Gemeinden außerordentliche Summen aus den indirekten Abgaben ziehen. Aber ihre Abschaffung brauche nicht unbedingt zu einer Erhöhung der direkten Steuern zu führen. Viel werde ausgeglichen durch eine vernünftige Wertzuwachssteuer.

Auch Girsch kommt wieder zum Schluß: wenn die Abschaffung der indirekten Gemeindesteuern Schwierigkeiten mache, so seien sie nur zu beheben durch ein vernünftiges Steuersystem im Staate, durch die Erringung des gleichen Wahlrechts in den Gemeinden und ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht.

Auch Genosse J. Simon-Nürnberg wendet sich gegen Schillers Anschauung. Selbst wenn es sich nur um Bruchteile von Pfennigen handeln sollte, seien die indirekten Steuern in den Gemeinden verwerflich, ihre mangelnde Klarheit im Staate wie in der Gemeinde haben, jeder solle wissen, wie viel er zu bezahlen habe. In der Hand von Zahlen weiß Simon dann auch nach, daß Schillers Auffassung auch in der Praxis nicht stimme. Danach wird die als Ersatz nötige direkte Steuererhöhung den Besitzenden ziemlich stark, den Nichtbesitzenden aber ganz minimal und viel geringer treffen, als die Belastung durch indirekte Gemeindesteuern.

In einem zweiten Artikel hält diesen Ausführungen gegenüber Genosse Schiller seine Ansichten aufrecht. Die Ausführungen Ulrichs haben ihn veranlaßt, Umfrage

Zu alten Mädchen zu Weimar.

Von Helene Böhlau.

(Nachdruck verboten.)

Heinrich Strobel reckte seinen Kopf über den Wäschewall, der vor ihm lag, auf und sagte wohlgekauert, um die schwitze Stirne zu unterbrechen: „Aber Förster, daß Ihr den Strobel in einen reichen Längens verwandelt habt, der noch dazu sein Weib sitzen läßt, darüber müssen wir noch miteinander ein Gleichnys reden.“

„Das weiß kein Mensch, was er tut oder nicht tut“ — sagte der Förster feierlich. „Heut liebt man einander, morgen läßt man einander!“

„Aber Hüß ist der Strobel drum doch noch nicht, so wenig als er die Anne jemals läßt!“ Dabei gab er seiner Braut einen herzlichen Kuß.

„Auch was Achtes, Hüß! — Hüß oder Lump — Wurm oder Murn. Es kommt auf eines heraus. Man soll an keinem Menschen hängen das ist das Beste und Beste. Da liegt man dem Schicksal ein Schnippchen. Merkt's Euch — Die Schlumpimpere ist hüß, die hängt hier an niemand.“

„Wohl ihr.“

Das sagte der Förster bitter, während er auf das Mädchen blickte, das schmerzhaft gleichgültig über die Näheret gebüdet lag.

„Wie eine Gans wird der Mensch gerupft, Strobel, bis er zuletzt so nackt und bloß dasteht wie zu Anfang. Zu Anfang weiß er nichts und zuletzt will das nichts mehr wissen, das ist der ganze Unterchied. Das bishen Ehre, das sie einem lassen müssen, wohl oder übel — das ist zuletzt das Einzige, was bleibt. Man könnte sich die Weibe sparen.“

Mit diesen Worten ging der Förster hinaus.

„Lubobla, warum hast Du denn das getan“, fragte Anne vorwurfsvoll, auf ihre ruhige milde Art.

Da meinte Schlumpimpere lein und sagte: „Du hast gut reden. Was hat man denn vom Leben? Dir hätte er sagen sollen, Du sollst bleiben — da hätte ich sehen wollen!“

„Wenn Du einmal einen Bräutigam hast, wird er's Dir auch nicht sagen. — Er läßt Dich gehen, wie er mich gehen läßt“, sagte die Braut ruhig.

„Er wollte Dir ja nur zeigen, wie lieb er Dich hat und da bist Du — so.“

„Da hätte er sagen sollen, was er wollte“, antwortete das Mädchen. „Wie soll ich das verstehen.“

werden möchte. Endlich kommt etwas, lang erwartet oder unvorhergesehen, aber es kommt.

Und so sahen sie tags darauf, nachdem Schlumpimpereins Lebensdrang so ungeduldig geworden war, wie ein Füllen, dem ein Baum angelegt ist, und das nach allen Seiten ausschlägt, eine lange Schlittensreihe die Eitersburger Chaussee heraufkommen. „Ja“, sagte Lubshewadel, „was ist denn das!“ als die Schlitten alle zum Feldweg, der zum Röddchen führte, einlenkten. Sie rief im Eifer Schlumpimpereins herbei, die aber der Sache außerordentlich kühl zugegesehen.

„Ein paar unten aus Weimar“, meinte sie gleichgültig.

„Du bist eine Feine“, sagte Anne-Lubshewadel lachend. „Du läßt Dir reichlich nicht in die Karten legen. Na! versteh Dich nur nicht!“ Lubshewadel packte sie an den Schultern und zog sie im Kreise herum.

„Ach, laß mich, was ist denn da weiter!“

Lubshewadel aber freute sich ganz offen und ehrlich für sie. „Aber was haben wir Ihnen vorzusetzen, das möchte ich wissen! Wer denkt denn an so viele Gäste auf einmal!“ rief sie aus.

Da ging aber schon die Tür auf und Heinrich Strobel prang herein und hatte eine rote spitze Kappe auf. „Sie bringen alles mit, ihr Mädchen, seid ohne Sorgen.“

„Deshalb besser!“ rief Lubshewadel, „aber wie sieht Du denn aus?“

„Maslen“, sagte Schlumpimpereins trübselig.

Und da kam es auch schon ins Zimmer gequollen. Draußen hörte man die Schlittensperbe mit ihren Mädchen läuten.

Die Försterin kam aus der Küche gestürzt.

„Ja Du meine Güte! Die ganze Redoute aus dem Stadthaus kommt ja da aus den Schlitten!“

Sie standen da ganz betreten alle drei über den kalten Reischenschwamm, gab mit einemmal in ihre winterliche Einsamkeit übergefallen kam.

Aus Lüchern und Felgen sprangen die sonderbarsten Figuren: Carloline und Ritterfrauen, weiße Bäder und Köche, Karol und Bäuerinnen. Manche trugen Maslen und manche Karol aus ihren Kapuzen und Kappen mit den rotgefrorenen Gesichtern unternehmend in die Welt hinaus.

Aber ob Masker oder keine, die Försterleute hatte noch lange nicht ihre fünf Sinne bei einander, um irgend jemand erkennen zu können. Draußen war es jetzt mit Schneebällen an die Fenster und Schlittengläschen kletterten so hell und lustig in die Schneefinsternheit hinaus. Und jetzt kam gar vor der Tür eine Fiedel.

Sie hätten nicht vermunderter sein können. Schlumpimpereins war ganz verstummt und schaute nur trübselig in das Gewimmel hinein.

Die Försterin mag war so gleich gesprungen und hatte im sogenannten Saal, in dem bei sommerlichem Regenwetter schon gar manches Längchen abgehalten war, ein gepolstertes Feuer angezündet.

Inzwischen setzten sie alle miteinander nach in der großen Wohnstube.

Große Stühle wurden jetzt heringeschleppt und eine kleine Frau kommandierte.

„Das ist ja die Käsin Tiburtius“, sagte die Försterin zu Lubshewadel.

Die Frau Käsin war aber als Königin der Nacht aus ihrem Feld getroffen, steckte in einem engen schwarzen Kleid, das mit goldenen Rankenstreifen besetzt war, band sich in aller Eile, um vollständig zu sein, einen großen Stern, den sie im Strickbeutel gehabt hatte, auf dem Kopf fest und hing an in den Händen zu wirrhaften, wobei ihr die vorrestliche Nacht Kathzine, die sie mitgebracht hatte, half.

Das Ganze war also die sogenannte Lawine der Frau Käsin Tiburtius, die sich in Schlitten zum Röddchen herausgewälzt hatte.

Hals durchzog das ganze Haus ein gewaltiger Koffeebust. Tiburtiusens Kathzine und die Försterin brachten ihn miteinander. Das Feuer im Saal brannte in voller Glut und mit Geprassel, daß das eiserne Gefäß puste, lauchte und glühte und die schwarzen Köche, die durch den heißen Saal liefen kisterten und vor Hitze bröckelten.

Wie im Sandsturm war es warm, wenn auch in den Ecken und an den Fenstern sich noch ein eifriges Lüften aufhielt, das wurde bald von den lustigen Maslen der Geucht, die jetzt in den Saal einströmten und Tische und Bänke rücken und lächeln und lachen. Lubshewadel und die Försterin brachten die Tassen und die kleine, dicke Tiburtius trank in Rachen und er Tiburtius, der als Maske seinen langen weißen Koffeebust trug, auf dem ihm kein kleines Weib einen großen goldenen Stern auf dem Rücken gesteckt hatte, war die Berge von Rachen, die die Königin der Nacht auf Schüssen lud, auf die bereiteten Tische berieten. Er trug eine weiße, schneeflockige auf dem Kopf, die als Trödel einen Stern hatte, und so war der Herr Käsin ein billig hergestellter Abend- oder Morgenstern.

Und bald sahen sie alle auch schwachen und wärmten sie und lauchten ihren Kuß in den Koffee.

Die Försterin sahen auch alle mit am Tisch.

„Teufel auch“, rief der Apotheker, „wenn das nicht unmöglich ist.“ Und er stieg mit seiner Koffeebust und richtete an und diente dabei.

(Fortsetzung folgt.)

In einer Anzahl größerer bayerischer Gemeinden zu halten und dabei hat sich herausgestellt, daß die Verhältnisse in bayerischen Gemeinden ganz anders liegen, als in Ostpreußen und in norddeutschen Orten. Danach sind in diesen bayerischen Orten die Ausschläge durch die Steuer so gering, daß sie nur den Bruchteil eines Pfennigs ausmachen, ihre Abschaffung keine Verbilligung der Produkte, wohl aber eine Schädigung der Gemeindefinanzen und damit eine Erhöhung der direkten Steuern, auch für die Arbeiter, herbeiführen würden. Nach Schiller dürfen wir deshalb unter keinen Umständen für die Abschaffung solcher indirekten Steuern eintreten.

Für Breslau, wo die Verteuerung des Fleisches durch die indirekten Steuern eine ganz erhebliche ist, unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Abschaffung der Schlachtsteuer im Interesse von mehr als sieben Millionen der letzten Arbeit liegt. Deshalb müssen unsere Stadtverordneten gegen ein Budget stimmen, welches in so umfangreichem Maße auf die indirekten Steuern aufgebaut ist.

Politische Uebersicht.

Der Streit der Blockbrüder. Die Erwartung der Blockfreunde, daß nach der gründlichen Auseinandersetzung im Reichstage Frieden im Blocklager eintreten werde und der Weg der Verständigung beschritten werden könne, hat sich zunächst noch nicht erfüllt. In der Presse dauert der Kampf weiter an, wobei die Regierung den Parteien, die Parteien der Regierung, und einander gegenseitig die Schuld an der misslungenen Verwirrung zugeschoben trachten. Am bemerkenswertesten ist dabei, daß das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, jetzt gegen die von uns längst angeforderte Verständigungsformel „Schnaps gegen Erbschaftsteuer“, die neuerdings von der offiziellen „Vaterländischen Zeitung“ offen empfohlen wurde, in recht energischer Weise Front macht. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt das Angebot des Regierungsorgans einen „Kuhhandel in bester Form“ und gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die konservativ-fraktion „auf diesen Weim nicht kriechen werde“. Die Führer des Bundes der Landwirte wissen natürlich sehr genau, daß ein großer Teil der konservativen Fraktion für diesen Kuhhandel bereits gewonnen ist, aber sie sehen ihre Aufgabe nicht darin, die Abwicklung der Geschäfte zu erleichtern. Vielmehr die Agrarier nicht binnen zwei Wochen ihren Standpunkt, dann ist nicht einzusehen, wie die Reichsfinanzreform mit dem Block gemacht werden soll, eine Zersplitterung der Fraktionen würde dann unvermeidlich.

Den Mut, den die Freisinnigen im Reichstage gegen den Reichsblock nicht aufbringen konnten, beweist jetzt wenigstens die „Vossische Zeitung“ gegenüber der offiziellen Presse, die auf den Reichstag schimpft, weil er mit der Finanzreform nicht weiter kommt. Das freisinnige Blatt schreibt dazu:

„Das ist der Dank der Regierung für die eifrige Arbeit der Finanzkommission! Diese dürfte die Antwort nicht schuldig bleiben. Niemand ist zu solchen Vorwürfen berechtigt, als die verhandelt Regierungen, durch deren Schuld vornehmlich die Schatzkassen des Reiches auf 400 Millionen angeschwollen ist.“

Auch die konservativ-fraktion geht scharf gegen die Regierung vor. Sie beschuldigt die „liberalen Geheimräte“, sie unterstützten die „gehässige und unwahre Agitation gegen die Konservativen“.

Die „Kreuzzeitung“ erhebt gegen die Freisinnigen die Beschuldigung, ein Doppelspiel getrieben zu haben. In Besprechungen im engen Kreise hätten sie sich für die Beibehaltung der „Liebergabe“ ausgesprochen, die gar keine Liebesgabe sei, öffentlich aber schimpften sie auf die Konservativen wegen dieser Liebesgaben und verträten einseitig die Interessen der gewerblichen Brennerien.

Das klingt sehr glaubhaft, wenn man beobachtet, wie augenblicklich die radikale „Breslauer Zeitung“ wieder als „Mittelpunkt von Partei zu Partei und zur Regierung“ auf, um den Blockfrieden aufs neue herbeizubetteln.

Die Verschönerung der Bergherren. Es ist schon oft gesagt worden, daß die größte Lüge der bürgerlichen Presse allen Tatsachen gegenüber anwendbar ist, die ihren kapitalistischen Arbeitgebern unbecommen sind. Logisch wiegen hat der größte Teil der bürgerlichen Presse auch die Veröffentlichungen der „Bergarbeiterzeitung“ über die geheimen Verhandlungen der Ministerkammer, und den auf sie bezüglichen Teil der Rede des Senats Davids. Soweit man doch gezwungen ist, von den Dingen Richtiges zu nehmen, muß man darüber weg, als ließe man über glühendes Eisen.

In allen betretenden Fällen sollten die Besetzer der Arbeiterpresse, soweit sich ihnen dazu Gelegenheit bietet, kontrollieren, wie sich die in Arbeiterkreisen verbreiteten bürgerlichen Blätter verhalten. Unterwegs ist ein „General-Anzeiger“ oder ein ähnliches Organ der kapitalistischen Presseindustrie seinen Lesern solche politische bedeutsame, für die Arbeiterwelt besonders wichtige Nachrichten, denn heute man zum Vergleich des sozialdemokratischen Arbeiterblattes aus der Lüge, und beweise dem Leser der „General-Anzeiger“-Presse ich nun auf weiß, wie schlecht er von seinem Reibblatt bedient wird.

Selbst die große Berliner politische Presse läßt zumeist in unter Umständen ja recht zweckmäßige, aber niemals sehr ehrenvolle Lüge des sich selbst. Eine Ausnahme macht das „Berliner Tageblatt“, das den Bericht der „Bergarbeiterzeitung“ nicht nur im Auszug wiedergegeben, sondern auch Worte treffender Kritik daran geknüpft hat. Auch das „Zentrumblatt“, die „Germania“, erkennt die außerordentlich politische Bedeutung der Angelegenheit, wie wir bereits am Sonnabend mitteilten.

Nach eingehendem Schweigen hat auch die „Kreuzzeitung“ das Wort genommen, um an ihren Protokollern die Angelegenheit, oder doch ganz vergebliche Hoffnungen zu unternehmen. Die „Berliner Nachrichten“

richten“ beantworten die Enthüllungen der „Bergarbeiterzeitung“ neben dem üblichen Geschimpfe mit einem Lobgefang auf die Wirtschaftspolitik des Kohlenyndikats, welche das Rückgrat der gesamten deutschen Volkswirtschaft bilde. Sie wehrt nicht, daß das Kohlenyndikat dem Auslande die Kohle billiger verkauft, als dem Inlande, und daß es dadurch die Konkurrenz der ausländischen Industrie mit der deutschen begünstigt. Das andere ausgefallene Scharfmacherblatt, die „Post“, hat Auftrag erhalten, die unvorsichtigen Äußerungen des Herrn Uthemann über die geplante oder angeordnete Vereinfachung des Ministers Teubner zu „bedauern“. Die „Schlesische Zeitung“ dagegen, die unter der direkten Aufsicht des Grubenkapitals erschien, hat den Auftrag, das geheime Treiben der Magnaten zu rechtfertigen, trotz einiger unpassenden Ausdrücke, die dabei unterflogen. Man merkt die Bedientenseelen!

Die sächsischen Konservativen und die Reichsfinanzreform. Das offizielle Parteiorgan der sächsischen Konservativen, das „Vaterland“, bringt in seiner neuesten Nummer an leitender Stelle einen Aufsatz, der sich mit der Reichsfinanzreform beschäftigt und folgende, für die Stellung der konservativen Partei in Sachsen zu der Frage der Finanzreform nicht uninteressante Stelle enthält:

„Nach unserer Meinung wäre es für das Wohl des Reiches geboten, in dieser kritischen Zeit wiederum dem alten Bismarck'schen Grundgedanke um Siege zu verbleiben, und den neuen Bedarf des Reiches nur durch indirekte Steuern auszubringen. Auch die indirekten Steuern werden, wie Herr Bismarck wiederholt überzeugend dargelegt hat, den schließlichen Erträgen nach allein von den reichenden Klassen getragen!“

Das Blatt zitiert dann Friedrich Engels für seine Ansicht. Es reiht nach berühmtem Muster eine Stelle aus dem Zusammenhang heraus, indem es schreibt:

„Steuern, Dinge, die die Bourgeoisie sehr, die Arbeiter aber nur wenig interessieren. Was der Arbeiter an Steuern zahlt, geht auf die Dauer in die Produktionskosten der Arbeiterschaft ein, muß also vom Kapital in vergütet werden. Alle diese Punkte, die uns hier als hochwichtige Fragen für die Arbeiterklasse vorgehalten werden, haben in Wirklichkeit wesentliches Interesse nur für den Bourgeois.“

Es heißt dann weiter:

„Es liegen sich bei gutem Willen auch wohl solche indirekte Steuern finden, die schon von Haus aus nur die reichenden Klassen belasten und zwar die benutzenden Klassen aller Berufsstände.“

Bei alledem bleibt nur verwunderlich, warum die besitzenden Klassen sich gegen direkte Steuern wenden, wenn sie doch glauben, daß auch die indirekten nur von ihnen getragen werden. Sie müssen doch wohl einen Grund haben?

Kaffeepollerhöhung. Da die liberalen und konservativen Parteien nicht gewillt sind, zur Bedung des durch ihre leichtsinnige Finanzwirtschaft entstandenen Reichsdefizits in irgendwelchem erheblichen Maße die Geldbeutel der Wohlhabenden in Anspruch zu nehmen, so sind sie auf die geniale Idee verfallen, den von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhungen auf Bier, Branntwein und Tabak eine weitere Erhöhung des Kaffeepollers hinzuzufügen. Bisher betrug der Kaffeepoll 40 Mark pro Doppelzentner, und der Ertrag, der aus diesem Zoll der Reichskasse zufließt, stellte sich auf ungefähr 75 Millionen Mark pro Jahr. Jetzt plant man, den Zollsatz für Kaffee um 20 Mark pro Doppelzentner, also um 10 Pf. pro Pfund, zu erhöhen und dadurch die Einnahme aus dem Kaffeepoll um circa 35 bis 40 Millionen Mark zu steigern. Die Befassung des Arbeiterhaushalts durch diese neue Pollerhöhung ist keineswegs unbedeutend und zudem besteht die Befürchtung, daß die arme Bevölkerung, die heute schon teilweise allerlei minderwertige, zum Teil sogar gesundheitsgefährliche Kaffeearten benützt, künftig in noch höherem Maße zu solchen Ersatzmitteln greifen wird; doch was verschlagen solche Bedenken bei den auf Vollstopfen aus Staatsmitteln unterhaltenen Agrariern. Sie schreien über den Ruin der Landwirtschaft, wenn einem behabigen Bauern, der 20.000 Mark erbt, zugemutet wird, dafür 20 Jahre lang jährlich 5 Mark Erbschaftsteuer zu bezahlen; oder sie finden es ganz gerechtfertigt, wenn einem armen, von der Hand in den Mund lebenden Arbeiter zu allen anderen Belastungen seines Lebensunterhalts auch noch sein Kaffee verteuert wird. Wozu braucht er auch Kaffee; er mag Wasser kaufen. Und die Liberalen im Block schließen sich dieser vaterländischen Steuerpolitik, die zur Sanierung der Reichsfinanzen nötigen Geldmittel aus der breiten Volksmasse herauszupressen, ohne Sträuben an. Nur soweit ihre Handelsinteressen in Betracht kommen, raffen sie sich zu matten Protesten auf.

Die neue Tabaksteuer-Vorlage. Wie der „Süddeutschen Tabakzeitung“ von berufener Seite aus Berlin gemeldet wird, hat die für die Tabaksteuer-Vorlage eingesetzte Subkommission der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages beschlossen, das Reichsfinanzamt zu ersuchen, einen neuen Tabaksteuer-Entwurf auszuarbeiten, der sich in der Richtung des von den Abgeordneten Mommsen und Weber eingebrachten Antrages bewegt.

Wieder ein Herzog als Zentrumskandidat. Im westfälischen Wahlkreis Lüdinghausen-Barendorf-Bedum ist an Stelle des verstorbenen bisherigen Vertreters dieses Kreises im Reichstage, des Zentrumsabgeordneten Wattenberg, von der Zentrumspartei der Herzog von Arenberg als Kandidat aufgestellt worden. Der Herzog, der ein Vetter des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Prinzen von Arenberg ist, ist Mitglied des Herrenschaus und steht a la suite eines Gardebataillionsregiments. Ein solcher Mann ist natürlich der geeignetste Kandidat für eine „Volkspartei“, wie es das Zentrum immer noch sein will. Es haben sich aber in der Partei Stimmen gegen die Kandidatur dieses herzoglichen Kandidaten geltend gemacht, denn die „Germania“ brachte vor einigen

Tagen einen Artikel, in dem die Gegner der Kandidatur des Herzogs von Arenberg dringend beschworen wurden, ihren Widerspruch fallen zu lassen. In diesem Artikel findet sich der folgende Passus:

Der Herzog trat im 19. Lebensjahre beim 4. Kürassier-Regiment in Münster ein, obgleich er als reichsunmittelbarer Fürst zum Meeresdienst nicht verpflichtet war. Vom 4. Kürassierregiment zur Garde übergegangen, steht er bei dieser a la suite, seitdem er im Jahre 1896 die Verwaltung seiner Güter übernehmen mußte. Die herzogliche Familie war von altersher in Reddinghausen domicilirt. Vor fünf Jahren hat der Herzog Schloss Nordkirchen angekauft und von da ab seinen Wohnsitz nach Nordkirchen verlegt, wo die herzogliche Familie die Sommermonate zubringen pflegt, während sie den Winter teils an ihren Gütern in Belgien, teils in Berlin zubringt. In Berlin und speziell am kaiserlichen Hofe ist der Herzog eine bekannte Persönlichkeit.

Dieser letzte Satz des „Germania“-Artikels ist für die Ziele und Absichten, die die Zentrumspartei verfolgt überaus bezeichnend. Das Zentrum will aber wieder Regierungspartei werden, und deshalb geben sich die Führer der Partei alle Mühe, die Wahl dieser „speziell am kaiserlichen Hofe bekannten Persönlichkeit“ in den Reichstag durchzuführen. Was eine solche Persönlichkeit von der Rolle des Volkes und zum Beispiel des katholischen Arbeiters und Mittelstandes versteht, das kann man in der „Germania“ allerdings nicht lesen.

Die Furcht vor den Woten. In Flensburg fanden am 2. April drei Ersatzwahlen zum Stadtverordneten-Kollegium statt. Wahlberechtigt ist, wer mindestens 12 Mark Staats- und Gemeindesteuer zahlt oder Hausbesitzer ist. Die große Masse der Wähler ist dadurch vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die wahlberechtigten Arbeiter beteiligten sich mit aller Energie an den Wahlen. In den bürgerlichen Kreisen herrschte bisher eine ungeheure Interesslosigkeit in kommunalen Fragen. So wurden im Herbst 1908 von über 6000 Wahlberechtigten 1428 Stimmen ausgebracht davon entfielen auf die bürgerlichen Kandidaten 725 und auf die sozialdemokratischen Kandidaten 703 Stimmen. Diese nahe, sozialdemokratische Gefahr hat die Gegner aufgeschreckt. Im ganzen sind drei Ersatzwahlen zu wählen, die diesmal gemeinsam von den sich sonst bekämpfenden Bürgerlichen und sozialdemokratischen Kandidaten gestellt wurden. Am Abend vor der Wahl erschien in den bürgerlichen Kreisen Flensburgs noch ein Wahlauftritt zu Gunsten der bürgerlichen Kandidaten — unterzeichnet von dem Verein der Handlungslehrlinge von 1888 in Hamburg, Bezirk Flensburg, und dem Verbande der Handlungsgeliebten zu Wappig, Kreisbereich Flensburg. Damit haben sich diese Verbände als direkte Arbeitseinde offenbart. Die Sozialdemokratie hatte also bei der Stadtverordnetenwahl eine geschlossene Gegnerschaft vor sich, die in 12 Vereinen organisiert war. Unsere Kandidaten erhielten 876 Stimmen, die Bürgerlichen rund 1040.

Eine egyptische Niederlage

Die weimarische Wahlreform. Im Freitag fanden zwei Sitzungen im Landtage statt. Die Nachmittags-Sitzung dehnte sich bis in die Abendstunden aus. Infolge mangelnder Beleuchtung des Sitzungssaales wurden Stearinkerzen und Petroleumlampen herbeigeschafft, und im Saalbühnen fand die Schlussabstimmung über die Wahlrechtsvorlage statt. Das Resultat war, daß die Regierungsvorlage mit den zwei Kompromißanträgen: Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre und Verlängerung der Wahlperioden auf sechs Jahre, angenommen wurde. 20 Abgeordnete, Großagrarien, Nationalliberale und Freisinn, stimmten dafür. Die Antisemiten und die Mittelbauern stimmten gegen die Vorlage, weil sie befürchteten, daß sie der Sozialdemokratie Vorschub leisten. Unsere Genossen Baudert, Wed und Leber stimmten gegen die Wahlrechtsänderung, weil sie — trotzdem bei den allgemeinen Wahlen das direkte Wahlverfahren eingeführt wird — die Verschlechterungen nicht mit in Kauf nehmen wollten.

Die Zahl der Abgeordneten ist auf 38 erhöht worden. Das Großherzogtum Sachsen-Weimar ist nun das erste Land, in dem die Ständevertretungen: Senat der Universität Jena, die Landeskammer, die Landverwalterkammer und Landwirtschaftskammer, aus ihren Mitgliedern je einen Abgeordneten in den Landtag wählen können. Außerdem steht auch der Arbeitnehmerschaft das Recht zu, aus dem Kreise der Arbeitnehmer-Mitglieder einen Abgeordneten in den Landtag zu wählen. Man bezeichnet dies als einen Akt ausgeglichener Gerechtigkeit, indem dadurch der Arbeiterschaft dauernd ein Sitz im Landtage garantiert ist.

Nach Annahme des Gesetzes wurde der Landtag bis in die Sommermonate vertagt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Zur zweiten Beratung des Kultus-Etats hat die nationalliberale Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Die Regierung um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, durch den für den Umfang der Monarchie:

1. die Dauer der Schulspflicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landestteile geregelt,
2. einheitliche Bestimmungen über die Folge der ungerichtfertigen Schulverhältnisse, die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, der Preis der verantwortlichen Personen, die Art und Höhe der Strafen und das Strafverfahren getroffen werden.

Nach Ostern wird zunächst der Etat zu Ende beraten werden. Abgesehen von kleineren Etats ist noch der Kultusetat unerledigt.

Die 20prozentige Waffen- und Munitionsdividende. Die zum Boeme-Kongern gehörenden deutschen Waffen- und Munitionsfabriken erfreuen ihre Aktionäre wiederum mit einer Dividende von 20 Prozent. Die Gesellschaft besteht die Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, die Waffenfabriken in Rammsteinfeld, die Kugellager- und Stahlkugelfabrik in Wittenau, ihr gehört die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf, der größte Teil der Aktien der Dürener Metallwerke A.-G., ferner ist sie an Patronenfabriken und ausländischen Waffenfabriken beteiligt. Das Geschäft in Friedenszeiten ist im verfloffenen Jahre unter den Folgen der Krise, doch die Kriegartikel haben diesen Rückgang ausgeglichen, der Reingewinn beträgt 3,78 Millionen Mark gegen 3,76 im Vorjahre. Dennoch führten sich die Aktionäre „beunruhigt“, da der Geschäftsbericht die Mitteilung brachte, daß die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf für das Jahr 1908 keine Dividende zur Verteilung bringe. In dem Abhluß der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken für das Jahr 1908 äußert sich die Dividendenlosigkeit der Mausergesellschaft noch nicht, weil nach der Verrechnungsgepflogenheit bis Abrechnung mit Mauser erst in dem darauffolgenden Geschäftsjahre erfolgt. Die Aktionäre nahmen nun an, daß das Gesamtresultat für 1909 durch den Gewinnanfall bei der Mausergesellschaft erheblich beeinträchtigt werden würde. Dieser Sorge aber sind sie entzogen. In der Generalversammlung am Freitag erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Geschäftsr. Kommerzienrat Adolf Boeme, daß die Verwaltung trotz der Dividendenlosigkeit der Waffenfabrik Mauser für 1909 ein Resultat zu erzielen hoffe, das dem vorjährigen nicht nachgeben werde. Er stellte weiter fest, daß die vorliegenden Aufträge weitaus höhere wären, als wie im Vorjahre. Die Arbeiterschaft hat zur Beruhigung der Herrr Aktionäre im verfloffenen Jahre Konzeptionen über sich erlassen lassen müssen, daß bei den bevorstehenden Wahlen

Arbeiterbewegung.

Die englischen Trade-Unions sind nach dem offiziellen Bericht von 1907, der eben herausgegeben ist, auf 652 gestiegen; es ist dies ein Zuwachs gegen das Vorjahr um 7. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1.973.660, eine Zunahme von 254.129. Die Einnahmen sind um rund 228 Pfund gestiegen, sie betragen 98 Millionen Pfund. Die Fonds der Gewerkschaften hatten Ende 1907 die respektable Höhe von 128 1/2 Millionen Mark erreicht; es war dies eine Zunahme von 11 Millionen gegenüber dem Vorjahre.

Aus dem Dresdener Gewerkschaftsleben. Die dem Parteil angehörenden Gewerkschaften hatten am Ende des Jahres 1908 eine Mitgliederzahl von 58.861 (52.784 männliche, 6077 weibliche). Es wurden 13.167 Aufnahmen erteilt, 11.462 Mitglieder gingen verloren. Das gewaltige Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in Dresden geht daraus hervor, daß im Jahre 1908 nur 29.714 Mitglieder vorhanden waren. Die Einnahmen der Gewerkschaften betragen 2.329.861 Mark, die Ausgaben 792.972 Mark. Die letzteren setzen sich wie folgt zusammen: Einzel- und Gesamtergebnis-Unterstützung 36.368 Mark (1907: 199.044 Mark), Arbeitslosen-Unterstützung 359.744 Mark (1907: 277.462 Mark), Kranken-Unterstützung 291.082 Mark (1907: 147.305 Mark).

Streiks und Ausperrungen sind in 26 Gewerkschaften zu verzeichnen, an denen 3500 Mitglieder beteiligt waren. Eine ganze Reihe Differenzen sind ohne Arbeitsniederlegung erledigt worden. In 20 Fällen hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts eingegriffen. 26 Gewerkschaften haben im verfloßenen Jahre Parteifreigabe abgeschlossen.

In Dresden hat sich im verfloßenen Jahre auch ein soziales nationales Kartell gebildet, dem die christlichen, kirchlichen und nationalen Arbeiter, 25 Vereine und Verbände angehören. Sie reorganisieren damit 8000 Mitglieder zu haben. Doch dürften sie deren nicht sicher sein, denn bei den Gewerbegerichtsverfahren wagten sie nicht einmal, eigene Kandidaten aufzustellen.

Ein sonderbares Plakat. Auf den Kruppischen Werken in Essen ist, wie das offizielle „office des Telegraphen“ als hochwichtig wieder, das folgende Plakat angebracht worden:

Durch eine Zeitung ist dieser Tage die Nachricht über eine angebliche Erklärung der Verhältnisse zwischen meiner Frau und mir verbreitet worden. Aus Anlaß hieron wird mir mitgeteilt, daß solche Gerüchte auch in die Kreise der Kruppischen Werksangehörigen eingebracht seien. Da uns daran liegt, daß sich unter den Werksangehörigen keine falschen Meinungen in dieser Richtung festsetzen, halten meine Frau und ich es für notwendig, dem mit der Erklärung entgegen zu treten, daß alle Gerüchte über irgendeine Erklärung des auter Verhältnisses zwischen uns jeder tatsächlichen Grundlage entbehren und von A bis Z erunden sind.

Auf dem Hügel, den 2. April.

Krupp v. Bohlen und Halbach.

In Essen scheint man noch immer Fastnacht zu feiern.

Maurer-Streik. In Hannover-Münden befinden sich die Maurer im Streik. Ihr Haupt gilt in erster Linie der Eringung eines höheren Minimallohnes.

Bewegung der Metzger in München. Am Sonntag fand im Münchener Rindfleischere eine von mehreren 1000 Personen besuchte Volksversammlung statt, die aus Anlaß der in einer Lohnbewegung befindlichen organisierten Münchener Schweinefleischgehilfen einberufen war. Der Vertreter der Gehilfen sprach in dieser Versammlung umfangreiche Mitteilungen über die Verhältnisse der hiesigen Metzgerei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. April.

Geschichtskalender.

- 1874 Der Maler Wilhelm v. Raumbach in München †.
- 1875 Der Freiheitsdichter Georg Herwegh (Die eiserne Ferkel) †.

Stadtverordnetenversammlung.

Der Etat ist unter Dach. Die Stadtverordneten-Versammlung hat ihn gestern nach verhältnismäßig kurzer Beratung mit allen bürgerlichen gegen die sechs sozialdemokratischen Stimmen bewilligt, und die Einkommensteuer endgültig auf 164, die Gewerbesteuer auf 188, die Grund-

steuer auf 187,7 Prozent festgesetzt. Alle üblichen Vorzüge von Sparsamkeit und Streichungen, welche die Rechte vorher proklamierte, haben sich als undurchführbar erwiesen, die vorgeschlagenen Steuererhöhungen wurden nur ganz unbedeutend ermäßigt. Der Etat der Grundwasserberichtigungs-Ländereten, der Gemeindesteuer und des Stadtschuldenwesens gingen ohne Debatte vorüber, erst beim Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben fehlte eine umfangreiche Debatte ein. Genosse Schick stellte den schon angekündigten Antrag auf Vornahme von Stadtverordneten-Ergebniswahlen im November 1909, der zur näheren Prüfung in den Ausschuss I wanderte und Genosse Albert verteidigte die Wünsche der Gastwirte auf einen paritätischen Arbeitsnachweis, der an den städtischen angegliedert werden soll. Stadtrat Marx erkannte die Mißstände bei der Stellenvermittlung der Gastwirte ausdrücklich an und versprach einen neuen Versuch mit dem paritätischen Arbeitsnachweis zu machen, obgleich die beiden ersten an dem Widerstand der Arbeitgeber gescheitert sind. Noch schwieriger stehe es mit den Dienstmädchen, die trotz aller Bemühungen nicht zu bewegen waren, den städtischen Nachweis in Anspruch zu nehmen. Stadtv. Reiffers untersützt die Forderungen des Genossen Albert und führt an, wie man in München die kommunale Stellenvermittlung für Hausangestellte in die Hand bekommen habe. Dort sei die beste Stelle und gezielteste Stellenvermittlerin in den städtischen Dienst übernommen worden, und mit ihr sei die bisherige Kundenschaft gekommen. Beim Etat der Gaswerke regte Genosse Schick die Einführung von Gasautomaten, wie solche in Berlin existieren, an, um ohne die bisherige Kaution Anstöße und Konsum in den kleineren Haushalten möglich zu machen.

Stadtv. Reiffers begründet schließlich den Etat, erwähnte die kleinen Veränderungen, die der Etatsauschuss an ihm vorgenommen hatte, und empfahl die Annahme mit den oben angeführten Ermäßigungen. Rämmerer kritisierte warnte vor optimistischer Auffassung der Finanzlage und wies darauf hin, daß eine Reihe von zwangswesen Ausgaben erst nach Aufstellung des Etats sicher geworden sind und Streichungen von den Steuerföhen deshalb am besten nicht vorgenommen werden sollten. Die Erklärung, mit welcher die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre ablehnende Haltung zum Gesamtbudget begründeten, haben wir in anderem Zusammenhang an der Spitze des Blattes mitgeteilt.

Bei der Beratung des Konzeptionsgesetzes für die Weiterführung der elektrischen Straßenbahn über die Kaiserbrücke polemisierte Stadtv. Peron mit einem Eifer gegen die „vier Linien“, die nach Scheitern gehen sollen, daß man eher einen Aktionär der alten Straßenbahn, als einen Scheitler Stadtvertreter vor sich zu haben glaubte. Erst nach entschiedenen Erklärungen des Stadtbaurats, des Oberbürgermeisters und des Stadtv. Eppenstein schränkte er seine Gegnerschaft auf eine Gabelungslinie ein, die später einmal durch die Kaiserstraße und Michalkstraße weitergeführt werden soll. Die Klüberführung der Bahn über die Kaiserbrücke selbst fand einstimmige Annahme.

Die Theater-Debatte wurde auch diesmal wieder hinausgezerrt und wird nun hoffentlich am Donnerstag, den 15. April, an die Reihe kommen, damit die Mitglieder des Chors und des Orchesters wenigstens wissen, wie sie im kommenden Sommer mit ihrer Subvention daran sind.

Aus den Verhandlungen haben wir folgendes besonders hervor: Beim Etat der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben beantragt zunächst

Stadtv. Schick I (Soz.), für vier erledigte Stadtverordnungen im Herbst dieses Jahres Neuwahlen auszuschreiben. Unser Genosse betont, daß es ein unangehöriger Zustand sei, daß einzelne Mandate zwei und drei Jahre unerledigt bleiben. Nicht agitativer Gründe veranlassen die sozialdemokratische Fraktion zur Stellung dieses Antrages, sondern lediglich die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des bisher üblichen Zustandes. Die Bürger der in Frage kommenden Bezirke müssen verlangen können, daß sie im Stadtverordneten-Kollegium vertreten sind. Da überdies die Stadtv. ordnungen in diesem Falle keine entgegenstehenden Bestimmungen habe, so brauche die Stadtverordneten-Versammlung nur im Sinne des Antrages zu beschließen. — Im Laufe der Debatte hatte es der

Stadtv. Heilberg (lib.) wieder sehr eilig, eine Beschlüßfassung über diesen Antrag zu verzeihen. Er beantragte, den Antrag Schick an den Ausschuss I zu verwirken; die Sache müsse gründlich überlegt werden, weil diese Neuerung so mit einem Male mit den alten, lieben Gewohnheiten ausräume. Dieser Antrag wurde angenommen. (Bei dem liberalen Führer kann man in der letzten Zeit eine gewisse verärgerte Stimmung beobachten. Er hebt sich auf der sozialdemokratischen Bank ein Stadtv. ordner, um eine Neuerung zu geben, oder einen Antrag zu stellen, dann wird der schwarzbärtige Justizrat nervös, und er hält unerbittlich zu einem Gegenschlage aus. Im geflügeltesten sind ihm Verschleppungsanträge. D. B.)

Bei der gleichen Etatsposition bringt der Stadtv. Albert (Soz.) den Antrag ein, an den städtischen Arbeitsnachweis einen paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe anzuschließen. Der Redner führte hierzu etwa folgendes aus:

Ich bitte den Magistrat, der Petition der Gastwirte, welche ein Verlangen unter Anschluß an den städtischen Arbeitsnachweis Beachtung zu suchen und den dort geduldeten Mißständen nachzukommen. Der Nachweis solle, so führte er ferner aus, in erster Linie die Gastwirte aus den Händen der ausbeutenden Stellenvermittler befreien. Heute müßten die arbeitslosen Kellner 20 Tausende von Mark den Vermittlern zahlen, wodurch sie jährlich insgesamt um 1 Million Mark geschädigt würden. Sogar die preussische Regierung habe eingesehen, daß es mit der bisherigen Seelenverkäuferei nicht so weiter gehen könne und habe jüngst in einer Konferenz von Gastwirten und Angestellten Vorschläge zur Änderung des § 34 der Gewerbeordnung entgegengesprochen. Einmal müßten die Städte helfend eingreifen, da sie ja ein erhebliches Interesse daran hätten, daß die Arbeitslosen nicht um Tausende von Mark geschädigt würden. Andere Städte seien bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. In Elberfeld, Ferriumb, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Magdeburg, Stuttgart, Weßbaden usw., und man sei dort mit der Einrichtung sehr zufrieden. Unerschöpflich sei jedoch, die Stellenvermittlung auch auf das weibliche Felder-, Haus- und Hotelpersonal auszudehnen, womit zugleich Tausende von Frauen in ein weites Feld der Beschäftigung und Befreiung von den Stellenvermittlern gesetzt sei. Was zuerst nottue, sei, daß der Magistrat bei den Gastwirten, Kellnern, Casseiers usw. eine Umfrage veranstalte, ob die bereit seien, die Kosten für den Leiter des Arbeitsnachweises zu tragen. Die Gehälter seien längst dazu bereit und haben nur noch, daß die Stadt die Räume des Telefonen und andere kleine Einrichtungen zur Verfügung stelle. Es sei anzuerkennen, daß der Magistratsdezernent der Einlage bereits nähergerichtet sei. Aber nun müsse auch recht bald etwas geschehen, damit die Gastwirtsangestellten, männliche wie weibliche, vor den Unbilligkeiten der privaten Stellenvermittlung geschützt würden.

Stadtrat Marx erwiderte, daß der Magistrat in dem vom Stadtv. Albert angeregten Sinne bereits Vorarbeiten veranlaßt habe, von denen er Erfolg erhoffe. Allerdings seien schon zwei Mal ähnliche Verusche gescheitert. Eine endgültige Beschlüßfassung des Stellenvermittlungswesens sei erst durch die Befreiung durch Einführung der Konzeptionen solcher die Voraussetzungen. Bei früheren Verhandlungen haben sich die Vertreter der Breslauer Gastwirte bereit erklärt, die Angliederung ihrer Arbeitsnachweise an den städtischen zu beifürworten. Als die Herren aber davon in ihren Organisationen sprachen, waren die Restaurateure und Casseiers damit nicht einverstanden. Ob die Anglegenheit seinerzeit der Kosten wegen scheiterte, wisse er nicht. Heute aber würde er hoffen zu können, daß die Frage des angulekenden Beamten keine Schwierigkeit bieten werde, da falls sich die Interessenten zu einer Anstellung nicht entschließen könnten, der Magistrat diese Kosten übernehmen würde. Betreffend den Arbeitsnachweis für Dienstmädchen gelte es sehr großes Schicksal zu überwinden. Die Mädchen hätten kein großes Vertrauen zu dem städtischen Stellenachweis, sie glauben bei

Aus aller Welt.

Von den Hoppelfahrten. Für Montag hat das preussische Kriegsministerium eine vier und dreiwöchige Fahrt als Aufgabe gestellt. Sie findet in der näheren und weiteren Umgebung des Bodensees ohne Hoppeln unter Führung des Major's Speering statt. 18 Jagdgäste nehmen vier Dampfer des bayerischen Luftschiffbauanstalts teil. Die Fahrt wird vorerst wohl die letzte größere vor der Fahrt nach Mexiko sein, die gleichzeitig mit dem neuen „Hoppeln“ stattfindet wird.

Weitere Meldungen hierzu belaufen: Seit 13 Uhr befindet sich das Reichskriegsschiff in der näheren und weiteren Umgebung von Biberach und bewegte sich zunächst in der Richtung auf Lompheim, drehte aber dann wieder und befand sich um 2 1/2 Uhr anliegend auf dem Rückwege zwischen Winterreitend-Doerf und Winterreitend-Stadt. — Das Reichskriegsschiff kam um 4 Uhr von Ravensburg in Sicht und näherte sich in langamer Fahrt dem See. Es schwabte von 4 1/2 Uhr ab leicht manövriert bald über der Stadt, bald über dem See, befand sich zeitweilig über die Stadt und fuhr um 6 Uhr wieder über den See nach dem gegenüberliegenden Schweizer Ufer. — Das Reichskriegsschiff „Z1“ ist nach Elmsrieder Fahrt um 7 Uhr 25 Minuten glatt und sicher vor der Damm gelandet. Das Reichskriegsschiff hatte in den Abendstunden gegen ziemlich starken Ostwind zu kämpfen. Zuletzt wurden zwischen Rorschach und Friedrichshafen in einer Höhe von etwa 150 Meter Uebungen ausgeführt.

Ein schweres Bauunglück ist am Montag Nachmittag in Bingen auf dem Neubau der Villa Fischer vorgekommen. Innerhalb des Baues sollte in 3 Meter Höhe ein 4 Zentner schwerer Feinstenbaustein von Granit befestigt werden. Der Stein war bereits über das Gerüst gezogen worden, als dieses brach und der Stein auf den gesamten Baufen und dem Holzwerk hinabstürzte. Von den auf dem Gerüst stehenden 7 Mauern und Sandlangern wurden zwei getötet, einer wurde buchstäblich zermalmt, einer schwer verletzt und drei leichter.

Feuer im Kinematographentheater. Im sozialistischen Volksbau in Kattich brach am Sonntag Nachmittag während einer Kinematographenvorstellung für Kinder infolge einer Explosion Feuer aus. Wie telegraphisch gemeldet wird, wurde eine große Panik durch den Anblick der Flammen hervorgerufen. Da der Brand in unmittelbarer Nähe der Eingangstüre des Saales ausgebrochen war, mußten die Kinder erst mit Leitern durch die Fenster gerettet werden, während die Erwachsenen sich über den Balkon eines benachbarten Saales flüchteten. Mehrere Kinder wurden in Gebrauch verletzt.

Tod durch Kurzschluss am Fernsprecher. Ein eigenartiger Unfall hat den Tod eines angehenden Kaufmanns in Elain im Staate Illinois am Fernsprecher herbeigeführt. In dem Hause Sheddons begann am Nachmittag plötzlich der Fernsprecher ununterbrochen zu klingeln. Der betagte Vater Sheddons versuchte, das Amt um Hilfe zu bitten, es gelang ihm jedoch nicht, eine Verbindung zu erlangen. Er nahm daher eine Schere, um kurzerhand die Drähte durchzuschneiden. Sowie er jedoch mit der Schere den Draht berührte, erfolgte Kurzschluss, und er erhielt einen so starken elektrischen Schlag, daß er auf der Stelle tot zusammenbrach.

Raubmord in der Umgebung Celles. Ein Raubmord ist, wie aus Celte gemeldet wird, am Montag bei Celte verübt worden. Die Frau des Schuhmachers Böhm aus Wollhausen hatte um 8 Uhr Morgens die Wohnung verlassen, um einen Geschäftsgang nach Wollhausen zu unternehmen. Als die Frau bis Sonntag nicht wieder zurückgekehrt war, riefen die Einwohner von Wollhausen Nachforschungen an. Gestern Mittag fand man die schrecklich zugerichtete Leiche der Frau in einem kleinen Höhlenbilde. Des Kopf und das Gesicht waren durch Messerstücke bis zur Unkenntlichkeit zerstört, die Barthaar, die etwa drei Zentner betrug, fehlte. Verdächtig, den Raub auszuführen zu haben, ist ein Mann, der in Wollhausen noch Arbeit suchte und dann den Weg einnahm, auf dem der Mord verübt wurde.

Ein Tag aus dem Leben eines Deutschen. Jährlich werden in Deutschland 10 Millionen Mark Pollzentralfen verhängt. Dies scheint viel, ist aber in Wahrheit sehr wenig. Man betrachte nur den folgenden Tag aus dem Leben eines geachteten Kaufmanns, den „Friedo“ in der „Zukunft“ mit differenter Phantasie aus einer einzigen Folge von Ereignissen zusammenzufassen. Als der Kaufmann des Morgens aufstand, öffnete er das Fenster, das vom Winde wieder zugeflogen wurde, jedoch die Schere auf die Straße flogen (2 M. Strafe). Beim Frühstück schrieb er die postliche Anmeldung für sein vor einer Woche zugezogenes Dienstmädchen; diese Anmeldung war drei Tage betrag, fehlte. Verdächtig, den Raub auszuführen zu haben, ist ein Mann, der in Wollhausen noch Arbeit suchte und dann den Weg einnahm, auf dem der Mord verübt wurde. (10 M.) Ein Tag aus dem Leben eines Deutschen. Jährlich werden in Deutschland 10 Millionen Mark Pollzentralfen verhängt. Dies scheint viel, ist aber in Wahrheit sehr wenig. Man betrachte nur den folgenden Tag aus dem Leben eines geachteten Kaufmanns, den „Friedo“ in der „Zukunft“ mit differenter Phantasie aus einer einzigen Folge von Ereignissen zusammenzufassen. Als der Kaufmann des Morgens aufstand, öffnete er das Fenster, das vom Winde wieder zugeflogen wurde, jedoch die Schere auf die Straße flogen (2 M. Strafe). Beim Frühstück schrieb er die postliche Anmeldung für sein vor einer Woche zugezogenes Dienstmädchen; diese Anmeldung war drei Tage betrag, fehlte. Verdächtig, den Raub auszuführen zu haben, ist ein Mann, der in Wollhausen noch Arbeit suchte und dann den Weg einnahm, auf dem der Mord verübt wurde. (10 M.)

empfang er den Besuch eines Schutzmannes; er hatte seinen Sohn am 2. Januar impen lassen, obwohl die Frau erst zwei Tage vorher, am 31. Dezember, abgelaufen war. (20 M.) Nun nahm er ein Zweirad und fuhr ins Geschäft. Unterwegs hielt ihn der erste Schutzmann an; er hatte keine Kaufmannsbescheinigung. (3 M.) Der zweite hielt ihn an, weil er zu schnell fuhr. (3 M.) Der dritte, weil er eine für Zweiräder verbotene Straße fuhr. (3 M.) Der vierte, weil seine Glode nicht vernehmlich genug lang. (3 M.) Der fünfte, weil er kein Bremsen hatte. (3 M.) Der sechste, weil er mit den Föhen die Pedale losgelassen hatte. (3 M.) Der siebente, weil er mit der Hand die Lenkstange nicht festhielt. (3 M.) In der Dämmerung kehrte er aus dem Geschäft nach Hause zurück; er wurde aufgegriffen, weil er seine Kachelofen nicht angezündet hatte. (3 M.) Nach dem Abendessen spielte er mit seiner Frau Riquet, und nach dem Abendessen Karten, bis er aus den Lippen mitgebrachte hatte; sie waren nicht mit dem deutschen Reichskriegsschiff versehen. (30 M.) Nachdem er vergessen hatte, zur Uebung der Pfeilwucht zu gehen (10 M.), schlief er sich und der Pfeilwucht zu gehen (10 M.), schlief er sich und der Pfeilwucht zu gehen (10 M.), schlief er sich und der Pfeilwucht zu gehen (10 M.). Das macht also pro Mann und Wochentag 187 M. und eine Woche Dank!

Humor und Satire.

Der Spiegel. In einer mitteldeutschen Universttät (Nacht) in der forensischen Psychiatrie, die mit der Vorführung Geisteskranker verbunden ist, der Herr Scheinrat folgenden machen: „Meine Herren! Die bedeutenden Ereignisse der Zeit haben sich stets in den Wahnevorstellungen unserer Kranken wieder. Wie Psychiater wissen immer, wer die bedeutendsten und populärsten Männer der Gegenwart sind, indem eine beachtliche Anzahl von Geistesgestörten sich einbildet, diese großen Männer zu sein. So lesen früher in unserer Klinik Hunderte von Bismards Berichten, die alle die Taten dieses Geisteskranken vollbracht haben wollen, heute dagegen, meine Herren, ist unter unseren Geisteskranken auch nicht ein einziger deutscher Staatsmann zu finden.“

English spoken. Richter (zum Zeugen): „Wie heißen Sie?“ Zeuge (Engländer): „Wellwood.“ Richter: „Wie?“ Zeuge: „Wellwood.“ Richter: „Ich kann nicht verstehen, Sie müssen buchstabieren.“ Zeuge: „Well, Döbel, ju-döbel-ju-döbel-o-bi.“

Der Außerirdische. In der Dresdener Galerie waren Sie? Da haben Sie jedenfalls die Madonna von Raphael gesehen? Wenn sie ist gewesen drin, wer ist sie auch heute noch? (Nacht)

Der Privatbesitzer... hat die Berechtigung...
 Straß... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Ver... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Der... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter Breslavs.

In unserem ersten Artikel haben wir die Lohnverhältnisse und Arbeitszeit im allgemeinen behandelt; heute wollen wir unser Augenmerk auf die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben richten. Vortweg sei darauf hingewiesen, daß Breslau zu jenen Städten zählt, die, was den Besitz gemeindlicher Betriebe anbelangt, mit an der Spitze steht. Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Kanalisation, Hofen, Straßenreinigung, Abfuhrwesen etc. sind in eigene Regie übernommen, auch die Eigenregie der Straßenbahnen hat Eingang gefunden. Man sieht also in Breslau auf dem Standpunkt, daß diese Betriebe, die den Interessen der Allgemeinheit dienen, auch von der Gemeinde verwaltet werden müssen. Aber nicht aus diesem Grunde allein, sondern weil die gewerblichen Betriebe annehmbare Ueberschüsse erzielen und solche bringen zur Erfüllung des Stadtsatzes gebraucht werden, redet man bei Eigenregie das Wort. Wir sind mit dieser Regelung völlig einverstanden; ja wir befürworten noch in weitgehender Weise den Regiebetrieb. Doch sollen diese Verhältnisse hier nicht fortgesetzt werden, wir wollen vielmehr unser Augenmerk auf die speziellen Verhältnissen der Arbeiter in diesen Betrieben zuwenden.

Als Charakteristikum kann es angesehen werden, daß größtenteils in denjenigen Betrieben, wo keine Ueberschüsse erzielt werden, vielmehr noch Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln geleistet werden müssen, die geringsten Löhne gezahlt werden, so zum Beispiel im Kanalisationsbetrieb, Tiefbauinspektion, Straßenreinigung, Promenadenverwaltung; wohingegen die Betriebe der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, die hohe Ueberschüsse abwerfen, in den Lohnverhältnissen etwas höhere Sätze aufweisen. Die Berechtigung dieser ungleichmäßigen Behandlung der Arbeiter ist uns nicht erklärlich; wir sind vielmehr der Ansicht, daß ein Arbeiter der Promenadenverwaltung dieselben Mittel zur Erhaltung seiner Familie aufwenden muß, wie ein in anderen Betrieben Beschäftigter. Daß für ausnahmungsweise schwere Arbeitsleistung, wie beispielsweise im Postwert, Wehraufwendungen gemacht werden, ist ohne Zweifel berechtigt und kann hierbei außer Betracht gelassen werden. Zur Uebersicht, in welcher Höhe sich die Löhne der ungelerten Arbeiter in einzelnen Betrieben bewegen, dient die nachstehende Tabelle. Es erhielten 1907 einen Lohn von:

| Bei: | zahl der Arbeiter | unter 2,00 Mk. | von 2,00 bis 2,25 Mk. | von 2,25 bis 2,50 Mk. | von 2,50 bis 2,75 Mk. | von 2,75 bis 3,00 Mk. | von 3,00 bis 3,25 Mk. | 3,25 Mk. und mehr |
|---|-------------------|----------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-------------------|
| Kanalisationswerke | 71 | — | — | 30 | 17 | 21 | 1 | 2 |
| Tiefbauinspektion | 95 | — | — | 6 | 67 | 16 | 2 | 3 |
| Straßenreinigung | 395 | 1 | — | 152 | 41 | 97 | 96 | 8 |
| Promenadenverwaltung | 500 | 6 | 69 | 162 | 18 | 46 | — | 1 |
| Schlacht- u. Viehhof | 132 | — | — | — | 57 | 47 | 26 | 29 |
| Wasserwerk | 59 | — | 1 | 4 | — | 19 | 8 | 15 |
| Gaswerk, Gas- u. Wasserabw.-In stallation | 261 | 4 | 4 | 3 | 6 | 73 | 67 | 104 |
| Elektrizitätswerk | 25 | — | 2 | — | — | 18 | 2 | 3 |
| Straßenbahn | 59 | — | 17 | 17 | 11 | 17 | 7 | 2 |
| Postverwaltung | 43 | — | 17 | 17 | 17 | 47 | 4 | 1 |
| Bei: | 1417 | 11 | 78 | 361 | 198 | 394 | 213 | 164 |

1) Inwaffen-Reiniger.
 2) Erhalt außerdem Dienstwohnung im Werte von 180 Mk.
 3) 2 Arbeiter erhalten Dienstwohnung im Werte von 150 Mk.

Es bedarf kaum irgend einer weiteren Detaillierung der angeführten Zahlen; jeder wird ohne weiteres erkennen, welche geringen Sätze den einzelnen Arbeitern gezahlt werden. Ein Jahreslohn von 1100 Mark als Minimum zu Grunde gelegt, um eine Familie ernähren zu können, war bei den angezogenen 1417 Arbeitern nur von 164 erreicht, 89 Prozent dieser Arbeiter hatten also ein geringeres Einkommen aufzuweisen. 1014 Beschäftigte erhielten weniger als 3,25 Mark pro Tag, und sogar 644 Arbeitern glaubte man 3 Mark und weniger für ihre Arbeit...

Nicht viel besser wie es bei den ungelerten, steht es bei den gelerten Arbeitern aus. Auch hier wollen wir in tabellarischer Form die Höhe der Entlohnung in den einzelnen Betrieben vorführen. Es wurde gezahlt an gelernete Arbeiter ein Lohn von:

| Bei: | zahl der Arbeiter | unter 3,00 Mk. | von 3,00 bis 3,25 Mk. | von 3,25 bis 3,50 Mk. | von 3,50 bis 3,75 Mk. | von 3,75 bis 4,00 Mk. | 4,00 Mk. und mehr |
|---|-------------------|----------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-------------------|
| Kanalisationswerke | 22 | 5 | 5 | 1 | 8 | — | 2 |
| Tiefbauinspektion | 11 | — | — | 1 | 3 | — | 2 |
| Promenadenverwaltung | 68 | 38 | 6 | 8 | 8 | 2 | 6 |
| Schlacht- u. Viehhof | 58 | 1 | 19 | 4 | 12 | 7 | 10 |
| Wasserwerk | 47 | — | — | — | 3 | 8 | 8 |
| Gaswerk, Gas- u. Wasserabw.-In stallation | 290 | — | 12 | 17 | 69 | 98 | 77 |
| Elektrizitätswerk | 182 | 10 | 49 | 12 | 10 | 28 | 29 |
| Straßenbahn | 201 | 199 | — | 1 | 1 | — | — |
| Postverwaltung | 260 | 138 | 8 | 3 | 12 | 8 | 99 |
| Bei: | 52 | 13 | 6 | 3 | 18 | 5 | 6 |
| Bei: | 1191 | 404 | 105 | 50 | 168 | 86 | 237 |

Wenn wir nach dieser Tabelle unser eingangs angezogenes Minimum von 1100 Mark pro Jahr zu Grunde legen, so ergibt sich gleichfalls ein recht trübes Bild. Unter diesen 1191 gelerten Arbeitern befanden sich noch 559, die dieses Minimum nicht aufzuweisen hatten. Die größte Zahl ist aber sogar noch mit einem Lohn von weniger denn 3 Mark zu finden. Und selbst ein eventueller Hinweis, daß auch Löhne von 4,50 Mark und mehr gezahlt werden, kann uns kein anderes Urteil abringen, da unter den bestbezahlten Handwerkern viele als Aufsichtspersonal zu zählen sind und sich nur hieraus die bessere Entlohnung resultiert. Daß man aber die Arbeitskraft eines städtischen Arbeiters nicht allzu hoch einschätzt, ergibt sich um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter der angeführten Kategorien eine drei- bis vierjährige Lehrzeit absolvieren mußten.

Bei der Betrachtung kommt aber noch eine Kategorie von Arbeiter in Frage und zwar die **Altkorridorarbeiter**.

Bei der Promenadenverwaltung waren 36, bei den Gaswerken 16 und im Stadthafen 40 Personen im Altkorridor beschäftigt. Der mittlere Altkorridorverdienst dieser Arbeiter betrug bei der Promenadenverwaltung 18 Mark, beim Gaswerk IV 20 38 Mark und im Stadthafen 22,72 Mark. Daß diese Verdienste einer steten Schwankung unterliegen, ist selbstverständlich. So hatten die im Stadthafen beispielsweise im März 1902 einen mittleren Lohn von 26,60 Mark aufzuweisen, gegen 1907 mithin ein weniger von 3,88 Mark pro Woche.

Damit ist die Legende zerbrochen, daß die Stellung eines städtischen Arbeiters eine „gute und gesicherte“ ist. Wer Zahlen lesen kann, wird zugeben müssen, daß gleiche Entlohnungssätze nur noch in rückständigeren Gegenden zu finden sind. Es bedarf somit noch eines energischen Aufstoßes, bis Breslau auch in den Kreis der fortschrittlichen Kommunen eintritt.

Am Hungertuch.

An meiner Wohnungstür lautet es, in der Dämmerstunde, noch ehe die Treppen erleuchtet sind. Im Halbdunkel erkenne ich ein höchstens zehn Jahre altes, dürrig gekleidetes, bettelndes Mädchen. „Reiß Deine Mutter, daß Du betteln gehst!“ frage ich ernst und eindringlich. Und mit einer Offenheit, die ich nicht erwarten konnte, antwortet das Mädchen ein klares Nein. „Ja, warum gehst Du denn aber ohne Erlaubnis betteln?“ Erstaunt ohne jede Scheu, steht mich die Kleine voll an. „Weiß ich solchen Hunger habe!“ ... Ich forsche der Sache nach, fand bald heraus, daß das Mädchen die Wahrheit sagte. Die Mutter, eine Witwe mit vier Kindern, die im Quergebäude einer vorstädtlichen Mietskasernen eine aus Stube und Küche bestehende, sehr ärmlich eingerichtete, aber sehr sauber gehaltene Wohnung innehatte, kaufte tatsächlich nicht vor dem Bettag ihres Kindes. Die Frau war ausgebraut, das Mädchen sollte Betteln bekommen. Während sich die Frau in den Armen: „Erzählen Sie mir lieber, wie es hier zu Hause steht und was das Kind zu seinem schmerzlichen Gang veranlaßt hat!“ Distanzlich prüft mich die Frau aus dem Volle mit jenseitigen Augen, daß sie mich mit ihren Augenpaar sagen wolle: „Was geht's Dich an?“

Eine halbe Stunde später kam ich die Geschichte einer unglücklichen, ihr Leid verheerenden tragenden, hart um das Kind Brot ringenden Familie. Eine Geschichte wie tausend andere auch. Der Mann war verunglückt, gleich zu Tode gekommen, gerade vor einem Jahre, bei der Arbeit natürlich. Bei der Arbeit? frage ich aufhorchend. „Da erhalten Sie doch für sich und die Kinder Unterstützung?“ Die Frau schlägt ein hitziges Zeichen an: „Unzufrieden!“ Jawohl! ... hier ist der Reiz. Ein volles Jahr haben wir darauf gewartet ... um weiter Umgang nur noch herber zu fühlen. Abgelehnt mit allen Entschuldigungsversuchen, weil das Unglück nicht im Betriebe passiert ist! Sie müssen wissen, es war Blutung. In jenem Monate schwimmend ... so brachten sie ihn mit von der Straße ins Haus. Warum haben ihn nicht die Räder der Maschine zerstampelt? Dann war er doch auch tot, so schnell wie früher tot, wie vom Blitz. Dann war seine Familie nicht dem Elend preisgegeben. Und doch ... ich weiß es bedauernd ... ich konnte es bedauern ... im Betriebe, bei der harten Arbeit in der höchsten Maschinenhöhe, hat er sich sein Leben gegeben. Kann ich dafür, daß der Arzt es besser wissen muß? Der alte Herr, ein alter Mann, der nur den Toten sah und niemand den Lebenden ... Er hätte auch so geurteilt, sagt der Doktor. Jawohl, das glaube ich ihm. Das kommt mir der Arzt nicht an zu sagen. Aber was hat seit...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

... hat die Berechtigung...
 Stad... hat die Berechtigung...

Nacht und Tag... Verurteilung zu... Verurteilung zu... Verurteilung zu...

Das Schicksal konnte also... Das Schicksal konnte also... Das Schicksal konnte also...

Nach Schluß der... Nach Schluß der... Nach Schluß der...

nach und nach der... nach und nach der... nach und nach der...

Es sind in den... Es sind in den... Es sind in den...

Die sehr hoch... Die sehr hoch... Die sehr hoch...

Es sind in den... Es sind in den... Es sind in den...

Und die Sozial... Und die Sozial... Und die Sozial...

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteischule... Die Parteischule... Die Parteischule...

Genosse Silber... Genosse Silber... Genosse Silber...

Die Partei... Die Partei... Die Partei...

Warnung! Zwei... Warnung! Zwei... Warnung! Zwei...

In der Majestäts... In der Majestäts... In der Majestäts...

Aus Schlesien und Posen.

Der Tabakbau im Kreise Ohlau.

Der seit 1914... Der seit 1914... Der seit 1914...

Es sind also... Es sind also... Es sind also...

Liegnitz, 6. April... Liegnitz, 6. April... Liegnitz, 6. April...

Danzig, 6. April... Danzig, 6. April... Danzig, 6. April...

Glogau, 6. April... Glogau, 6. April... Glogau, 6. April...

Siegen, 6. April... Siegen, 6. April... Siegen, 6. April...

Glogau, 5. April... Glogau, 5. April... Glogau, 5. April...

Schweidnitz, 6. April... Schweidnitz, 6. April... Schweidnitz, 6. April...

Leipzig, 6. April... Leipzig, 6. April... Leipzig, 6. April...

Leipzig, 6. April... Leipzig, 6. April... Leipzig, 6. April...

allein der Firmen... allein der Firmen... allein der Firmen...

Felsenberg, 6. April... Felsenberg, 6. April... Felsenberg, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April... Görlitz, 6. April...

Original-Phönix-Nähmaschinen... Original-Phönix-Nähmaschinen... Original-Phönix-Nähmaschinen...